

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

Herrn Oberbürgermeister
Bernhard Schuler
Stadt Leonberg

**Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
im Gemeinderat Leonberg**

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Leonberg, 09.11.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,

Für den Haushalt 2017 bringt die Fraktion Grüne folgende **Anträge für Einsparungen** ein:

1. In Position 13 des Haushaltsentwurfes /allg. Sach- und Dienstleistungen wird eine Globale Minderausgabe von ca. 5% als Haushaltssperre beantragt. Davon ausgenommen sind die Teilhaushalte 3 und 5 (Schule und Soziales). Eventuelle Einsparung ca.1 Mio Euro.
2. In Position 17 des Haushaltsentwurfes /sonstige ordentliche Aufwendungen wird eine Globale Minderausgabe von ca. 5% als Haushaltssperre beantragt. Davon ausgenommen sind die Teilhaushalte 3 und 5 (Schule und Soziales). Eventuelle Einsparung ca.100 TEuro

Begründung zu 1 und 2:

Die Positionen 13 und 17 betreffen nahezu alle Bereiche im Haushalt. Eine Darstellung über die Verwendung der Mittel ist allerdings nur bei wenigen Positionen im Entwurf zu finden. Eine Globale Minderausgabe von 5% als Haushaltssperre ist vertretbar.

3. Verwendung von Bundesmitteln statt eigener Mittel beim Ausbau des WLAN an Schulen. Einsparung 135 TEuro.

Begründung:

Bundesbildungsministerin Wanka hat ein Förderprogramm zur „Digitalisierung“ an den Schulen angekündigt. Die 40.000 Schulen in Deutschland sollen über einen Zeitraum von 5 Jahren mit insgesamt 5 Milliarden Euro beim digitalen Ausbau unterstützt werden. Pro Schule sind dies umgerechnet 125.000 Euro. Wir schlagen vor, dass mit Programmstart in 2017 Leonberg als Schulträger einen Antrag stellt.

4. Das Betonpflaster vor dem Hallenbad ist nicht prioritär. Einsparung 50 TEuro.

5. Die Planungsrate für die vorgesehene Kindertageseinrichtung „Nord“ wird auf den Haushalt 2018 verschoben. Einsparung 100 TEuro.

Begründung:

Die bisherigen Überlegungen sehen die Planung einer Kindertageseinrichtung in der Oberen Burghalde/ Parkplatz am Sportplatz vor. Diese Lage ist dezentral und macht einen Bring- und Holdienst für die Kinder notwendig. Die Verwaltung sollte auch an eine interkommunale Einrichtung (Leonberg/Gerlingen) am Kreisel Ortseingang Stuttgarter Straße prüfen. Möglicherweise besteht auf Seiten der Stadt Gerlingen auch ein Interesse (vgl. Sozialstation). Im Zusammenhang mit projektierten Neubaugebieten – Jahnstraße, Berliner Straße - halten wir weitere Überlegungen für notwendig, um den Bedarf und den daraus abgeleiteten Standort für eine neue Kindertageseinrichtung zu konkretisieren.

6. Verschiebung des Projektes „Haus Stöckhof“ und Konkretisierung der Planung. Einsparung 1,5 Millionen Euro im Haushalt 2017, sowie 1 Million Euro Verpflichtungsermächtigung.

Begründung:

Das Projekt „Stöckhof“ hat nicht die notwendige Planungsreife um realisiert zu werden. Der Einstieg der Stadt als Dienstleister und Vermieter für Objekte für soziale Zwecke ist zu prüfen. Ferner ist die vorgesehene Belegung des Gebäudes mit einer Kleinkindereinrichtung, stark pflegebedürftigen älteren Menschen und einer Einrichtung für Jugendliche unter einem Dach pädagogisch zu prüfen.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion GRÜNE

Die Fraktion Grüne stellt den folgenden **Antrag**:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das Jahr 2017 einen **Bürgerhaushalt** vorzubereiten. Hierfür sind 20.000 Euro einzuplanen.

Begründung:

Der Haushaltsplan 2017 macht deutlich, dass die Stadt Leonberg auf dem Weg in eine massive Schuldenkrise ist. Wird es möglich sein, die vorhandene Infrastruktur in vollem Umfang auf Dauer zu erhalten? Welche Anliegen aus Teilen der Bevölkerung können aufgegriffen und umgesetzt werden? Welche Prioritäten hat die Stadtgesellschaft?

Um diese und ähnliche Fragen in einem inhaltlich breit angelegten Meinungsbildungsprozess zu beantworten, ist der Bürgerhaushalt ein geeignetes Mittel. Andere Städte haben damit in der Vergangenheit bereits gute Erfahrungen gemacht, um den Gemeinderat bei schwierigen Entscheidungen besonders bei den so genannten Freiwilligkeitsleistungen, die Auswirkungen auf die Lebensqualität in der Stadt haben, durch eine öffentliche Debatte zu unterstützen.

Eine anerkannte Definition für einen Bürgerhaushalt wird bei Wikipedia zitiert: "Im Bürgerhaushalt nehmen Bürger ohne politisches Mandat an der Erstellung und/oder Umsetzung öffentlicher Finanzen teil. Fünf weitere Kriterien müssen in Europa zu dieser Definition hinzugefügt werden, um den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren zu unterscheiden:

- 1. Im Zentrum des Verfahrens stehen finanzielle Aspekte, genauer gesagt die Diskussion um begrenzte Ressourcen.*
- 2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder einem Bezirk mit eigenen politisch-administrativen Kompetenzen statt (die Quartiersebene allein reicht nicht).*
- 3. Es handelt sich um einen in der Dauer angelegten Prozess (eine Veranstaltung oder ein Referendum über Finanzfragen sind kein Bürgerhaushalt).*
- 4. Die Beratung/Entscheidung der Bürger beruht auf einem Diskussionsprozess (Deliberation) im Rahmen besonderer Treffen/Foren (die Öffnung bestehender Verfahren der repräsentativen Demokratie gegenüber „normalen“ Bürgern ist kein Bürgerhaushalt).*
- 5. Die Organisatoren müssen über die Ergebnisse der Diskussion Rechenschaft ablegen."*

Wir sind der Überzeugung, dass Leonberg mit einem Bürgerhaushalt die Weichen stellen kann für das Motto „Leonberg hat Zukunft“.

Deckungsvorschlag:

TH 01 PB 11 Nr. 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ (Planansatz 11.765.250 Euro)

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion GRÜNE

Um das allgemeine Sicherheitsgefühl im Stadtpark zu erhöhen stellt die Fraktion Grüne den folgenden **Antrag**:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Umrüstung der **Straßenbeleuchtung** (TH 06, Produktbereich 54, Auftrag 754100207003) auf LED-Leuchten mit den veranschlagten Haushaltsmitteln vorrangig und kurzfristig die Wege im Stadtpark neu auszustatten.

Begründung:

Von verschiedenen Gruppen, die sich im Rahmen des Jugendforums mit unterschiedlichen Aspekten in die Diskussionen eingebracht haben, wurde bemängelt, dass die oft nicht funktionierenden Lampen im Stadtpark für alle sich dort aufhaltenden Personen ein Gefühl der Unsicherheit schaffen.

Wir sehen hier eine Möglichkeit, mit den im Haushalt bereits eingeplanten finanziellen Mitteln durch Schwerpunktsetzung im Stadtpark für alle Nutzerinnen und Nutzer einen spürbaren Mehrwert zu schaffen. Die im Jugendforumsprozess aktiven jungen MitbürgerInnen machen zudem mit einer solchen Schwerpunktsetzung die Erfahrung, dass das Mitwirken im Jugendforum tatsächlich etwas bewirkt im Sinne von „Die hören uns zu“.

Eine bessere Beleuchtung des Stadtparks ist darüber hinaus nicht eine Maßnahme für eine einzelne Gruppe der Bevölkerung, sondern kommt allen Passanten zu Gute, die hier unterwegs sind.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion GRÜNE

Für den Haushalt 2017 bringt die Fraktion Grüne folgenden **Antrag** ein:

1. Die Stadtwerke bzw. LEO-Energie erarbeiten eine Konzeption zum weiteren zukünftigen Ausbau eines **Nahwärmenetzes** im Bereich der Stadtmitte Leonberg.

Begründung:

Die Stadt Leonberg hat beschlossen einen Vertrag mit den Stadtwerken Sindelfingen zur Wärmeversorgung im Layherareal abzuschließen. Die Sindelfinger Stadtwerke werden als Dienstleister über mindestens 15 Jahre die Versorgung übernehmen.

Mittelfristig sollte die Stadt ebenfalls stärker in den Bereich Energie und Wärme einsteigen. Dabei ist zu prüfen, wie eventuelle Erweiterungsobjekte entlang der Eltinger Straße bzw. Römerstraße an ein Nahwärmenetz angeschlossen werden können und wie im Rahmen des Vertrages mit den Sindelfinger Stadtwerken ein Eigenengagement der Stadtwerke bzw. LEO-Energie möglich ist. Neben den ökologischen Vorteilen erschließen sich damit auch eventuelle monetäre Erlöse.

BUND und Land fördern aktuell die Erstellung von Wärmeplänen mit eigenen Programmen, die zusammen einen Fördersatz von 70% ergeben (Energieeffiziente Wärmenetze, Förderbaustein 1).

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion GRÜNE

Für den Haushalt 2017 bringt die Fraktion Grüne folgenden **Antrag** ein:

1. Die Stadtwerke bzw. LEO-Energie sollen sich verstärkt in den Ausbau des **ÖPNV** einbringen.

Begründung:

Nach dem Ende der Altstadtbuslinie und der geplanten Übernahme der SSB-Buslinie 94 sind weitere strategische Überlegungen zur Verbesserung des ÖPNV notwendig.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion GRÜNE

Die Fraktion Grüne stellt den folgenden **Antrag**:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Anregung aus dem Folgeprozess des Jugendforum auf den Weg zu bringen, im Stadtpark einen neuen Aufenthaltsraum („**Jugendplatz**“) zu schaffen. Hierfür sind 47.800 Euro einzuplanen.

Begründung:

Anfang Oktober trafen sich in der Ostertag-Realschule Mitarbeiter der Stadtverwaltung (inkl. BM Brenner), Mitglieder des Gemeinderats als Paten der Projektgruppen, Sozialarbeiter und Jugendliche aus drei unterschiedlichen Themengruppen, um Ideen zu konkretisieren, was aus Sicht der jungen MitbürgerInnen wichtige Optimierungen in der Angebotspalette der Stadt sein könnten.

Eine Gruppe fokussierte dabei eine neue Skater-Anlage für die Zeit, wenn der jetzige Standort durch eine neue Wohnbebauung nicht mehr vorhanden sein könnte.

Die beiden anderen Gruppen formulierten Ideen, wie und wo für junge Menschen eine zusätzliche Infrastruktur geschaffen werden könnte, um den in vielen Gruppen im April monierten fehlenden öffentlichen Aufenthaltsraum für die Jugend zu gestalten.

Mit den in diesem Antrag geforderten Haushaltsmitteln kann ein Einstieg gelingen, um eine gute und professionelle Planung zu machen. Möglicherweise ließe sich auch durch das von den Jugendlichen angebotene eigene Engagement in der Umsetzung ein konkreter Anfang gestalten.

Perspektivisch sind für einen solchen Jugendplatz weitere Haushaltsmittel erforderlich, um bspw. die gewünschte öffentliche WC-Anlage zu bauen, die dann allerdings der gesamten Bevölkerung zu Gute kommt..

Perspektivisch ist es das Ziel der Jugendlichen, gemeinsam mit einer neuen Skater-Anlage eine Achse zu schaffen, auf der dauerhaft verschiedene, integrierende und jugendgerechte Angebote angesiedelt sind.

Deckungsvorschlag:

TH 06 PB 54 Auftragsnummer 754100236020 Verkehrsrechner

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion GRÜNE

Für den Haushalt 2017 bringt die Fraktion Grüne folgenden **Antrag** ein:

1. Die **Fortschreibung des Lärmaktionsplans** soll spätestens im Frühjahr 2017 erfolgen. Für erste Maßnahmen sind zusätzliche Mittel in Höhe von 100 TEuro vorzusehen (in der Summe dann 200 Teuro).

Begründung:

Der Gemeinderat hat die Fortschreibung des Lärmaktionsplans beschlossen. Ein großes Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Leonberg zeigt sich durch die vielfältigen Anregungen und Vorschläge im Rahmen der Beteiligungsmöglichkeiten. Bedauerlich ist, dass die weiteren Schritte bei der Fortschreibung des Lärmaktionsplans durch die Verwaltung nicht erfolgen, so dass nun über ein Jahr Zeit verstrichen ist. Die im Haushaltsentwurf vorgesehen Mittel in Höhe von 100 TEuro sind ebenfalls ein Indiz für eine fehlende Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen in der Stadt. Geeignete Maßnahmen zum Lärmschutz sind u.a. im Umstieg auf alternative Mobilität, also dem verbesserten Ausbau der Geh- und Radwege und einer verbesserten Infrastruktur für Ladestationen zu sehen. Derartige Maßnahmen sind im Lärmaktionsplan zu verankern. Wir unterstützen den Vorschlag des Oberbürgermeisters Schuler während der mehrjährigen Sanierungsphase des Engelbergbasistunnels eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h im Bereich der A8/A81 einzufordern.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion GRÜNE

Antrag zum Haushaltsplanentwurf für 2017

Bereits im Haushaltsplan für 2016 war von der Verwaltung vorgesehen, die **Schwarznussbäume** im Ezach zu fällen, was eine Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt hat. Nun schlägt die Verwaltung erneut vor, dass diese Bäume in 4 Tranchen gefällt werden sollen.

Aus diesem Grund stellen wir erneut folgenden **Antrag**:

Die Schwarznussbäume im Ezach werden nicht gefällt.

Begründung:

Im Ezach finden sich entlang einiger Straßen über 50 Schwarznussbäume. Sie wurden vor vielen Jahren gepflanzt und weisen größtenteils inzwischen eine stattliche Größe auf. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Begrünung des Stadtteils und prägen die Straßenzüge im Ezach.

Es würde Jahre dauern bis nach zu pflanzende Ersatzbäume diesen städtebaulichen Wert wieder erreichen.

Birgit Widmaier
für die Fraktion GRÜNE

Die Fraktion Grüne stellt den folgenden **Antrag**:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Anregung aus dem Jugendforum aufzugreifen, die darauf abzielt, im Stadtpark ein öffentlich zugängliches **WLAN** einzurichten. Hierfür sind 5.000 einzuplanen

Begründung:

Beim Jugendforum, das von der Stadt im April d.J. in der Stadthalle mit rund 180 teilnehmenden Jugendlichen durchgeführt wurde, kamen sehr vielfältige Anregungen, die teilweise in Folgeprozessen weiter vertieft wurden.

Eine Gruppe beschäftigte sich mit der Schaffung von öffentlich zugänglichen WLAN-Angeboten an verschiedenen Stellen der Stadt, u.a. dem Stadtpark.

Vom Wirtschaftsförderer B. Schweizer wurde darauf hingewiesen, dass ein solches Angebot wohl mit einer Investition von 3.000,00 geschaffen werden könnte.

In diesem Zusammenhang sollte unbedingt geprüft werden, ob das EnBW-Produkt SM!GHT („smart.city.light“) ein geeignetes Produkt ist, um sowohl Beleuchtung wie auch WLAN im Stadtpark zu optimieren. Möglicherweise gibt es auch bereits vergleichbare Produkte, die genutzt werden können.

Deckungsvorschlag:

Es wird darauf verzichtet, für 6.500 Euro das Altkreiswappen auf dem Dach der neuen Garage am ganz neuen Rathaus aufzustellen.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion GRÜNE

Die Fraktion der GRÜNEN stellt folgenden **Antrag**:

In den Haushalt 2017 werden 35.000,-- € als Planungsrate eingestellt, um die Abwicklung der **Stadthalle** vorzubereiten.

Begründung:

Zahlreiche Versuche in den letzten Jahren, den Abmangel bei der Stadthalle zu reduzieren bzw. zu deckeln sind gescheitert.

Als Konsequenz hieraus sowie im Hinblick auf die prognostizierte Schuldenentwicklung muß nun ein Schnitt gemacht werden. Nach einem Abriss der Stadthalle könnte dieses ohnedies versiegelte Gelände einer Wohnbebauung zugeführt werden.

Birgit Suckut
für die Fraktion GRÜNE